

6. Juni 2011

Schulkonsens

CDU beerdigt die Hauptschule

Von Nikolai Fichtner

Roland Wöllner will den "alten Zopf abschneiden"

Exklusiv Die Konservativen wollen mit einem neuen zweigliedrigen Schulsystem ohne Hauptschule einen parteiübergreifenden Konsens in der Schulpolitik erreichen. Sachsens Kultusminister Roland Wöllner erläutert im FTD-Gespräch seine Ideen.

"Die CDU hat sich lange schwergetan, sich vom dreigliedrigen Modell zu verabschieden", sagte der sächsische Kultusminister Roland Wöllner im FTD-Gespräch. "Jetzt ist es endlich gelungen, den alten Zopf abzuschneiden." Ziel sei nun ein "bundesweiter Schulfrieden". "Gute Schulen sind für mich keine Frage der Parteipolitik", sagte Wöllner. "Darum glaube ich, dass ein Schulfrieden über Parteigrenzen hinweg möglich ist."

Wöllner schreibt derzeit zusammen mit Bundesbildungsministerin Annette Schavan ein neues Bildungskonzept für die CDU. Ende Juni soll es vom Parteivorstand verabschiedet, im November dann als zentrales Thema des Parteitags diskutiert werden. Die Christdemokraten hoffen, so aus der programmatischen Defensive herauszukommen. In den vergangenen Jahren war in den Ländern keine gemeinsame CDU-Schulpolitik mehr zu erkennen. Zugleich reagierten immer mehr Bundesländer mit Schulfusionen und neuen Schulformen auf den Rückgang der Schülerzahlen.

"Bei zurückgehender Schülerzahl brauchen wir nicht mehr Schularten, sondern eine Konzentration auf die wesentlichen zwei Wege", sagte Wöllner. Die CDU will darum ein Zwei-Säulen-Modell für alle Bundesländer vorschlagen. "Neben dem Gymnasium wollen wir nur noch eine weiterführende Schulart, die Haupt- und Realschulabschluss unter einem Dach vereinigt", sagte Wöllner. Ob man an dieser sogenannten "Oberschule" auch das Abitur machen kann, solle jedem Land selbst überlassen bleiben.

Die Abschaffung der Hauptschule ist für die CDU damit ausgemacht. "Die Hauptschule ist ein Auslaufmodell", sagte Wöllner. "Sie hat sich in den Augen der Eltern nicht bewährt." Für das Gymnasium forderte Wöllner dagegen Bestandsschutz. **"Das Gymnasium genießt Akzeptanz in breiten Teilen der Bevölkerung. Darum sollte niemand es anrühren."**

Nach der parteiinternen Debatte will die CDU das Gespräch mit den anderen Parteien suchen. "Auch das rot-grün regierte Bremen hat es mit einem parteiübergreifenden Schulfrieden geschafft, sich auf seine eigentlichen Probleme zu konzentrieren", sagte Wöllner. Dies könne Vorbild für das ganze Land sein. "Die Lehrer brauchen Ruhe, um sich auf das Kerngeschäft zu konzentrieren: guten Unterricht und individuelle Förderung."

Im Streit um die Zusammenarbeit von Bund und Ländern in der Schulpolitik stellte sich Wöllner gegen Bildungsministerin Schavan, die eine Streichung des Kooperationsverbots im Grundgesetz fordert. "Bund und Länder sollten erst einmal da zusammenarbeiten, wo sie es jetzt schon dürfen", sagte Wöllner. Als Beispiele nannte er die Berufsorientierung in der Schule, die Lehrerbildung an den Universitäten und die frühkindliche Bildung in Kindergärten.